

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Pessizelle oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gebrühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Umfeldes Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 301.

Freitag, den 27. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Die Angestellten und die Wahlen.

Die bürgerlichen Parteien, die Parteien mit den verdorberten Namen, werben um die Stimmen der Angestellten. Von den Arbeitern glauben sie nicht viel zu erringen zu können, aber die Angestellten (Handlungsgehilfen, Werkmeister, Techniker, Ingenieure, Bureaubeamte usw.) scheinen den die Rettung aus schwerer Not bringen zu wollen. Natürlich sind es die unter dem Namen „Volkspartei“ und „Demokraten“ blauroja schillernden liberalen Parteien, die außen, in den „Stehfragenproletarien“ Objekte ihrer Wahlagitation erblicken zu können.

Bis jetzt haben alle bürgerlichen Parteien die Angestellten im Stiche gelassen und Unternehmerinteressen geahrt. Jetzt sollen diese Ausgebeuteten gut dazu sein, das Kapital zu retten, denn die Sozialdemokratie ist ja die Interessenvertretung des Proletariats. Zwar sind die Angestellten heute größtenteils schlechter bezahlt als die Lohnarbeiter und ihr Mangel an Klassenbewußtheit hat sich schwer gerächt. Aber man zwinkert ihnen — vor den Wahlen freundlich zu und ruft ihnen in das Ohr, daß sie als „Gebildete“, zum Teil sogar „Gelehrte“, sich doch unmisslich mit „gewöhnlichen“ Arbeitern auf eine Stufe stellen könnten.

Sind die Angestellten Proletarier?

Wenn jemand nur die Lohnarbeiter, nicht die Gehaltsempfänger, als „Proletarier“ gelassen lassen will, wollten wir uns mit ihm auf einen Wortstreit nicht einlassen. Auf jeden Fall gehören sie zu den proletaroiden (d. h. dem Proletariat nahestehenden) Gesellschaftsklassen, die mit dem Proletariat eine völlige Interessengemeinschaft verbindet. Darum ist die Sozialdemokratie stets für die Interessen der Angestellten mit gleicher Wärme eingetreten, wie für die Arbeiter.

Wenn die Gehälter der Angestellten miserabel sind, lassen sich die Löhne nicht halten. Steigen die Löhne, so müssen auch die Gehälter erhöht werden. Die Löhne der „einfachen“ Arbeiter bilden die Grundlage, von der aus die Gehälter berechnet werden. Gehaltserhöhungen sind erreichbar, wenn die Löhne steigen und umgekehrt.

Das Unternehmertum hat das gleiche Interesse an niedrigen Gehältern wie an niedrigen Löhnen, an langer Betriebszeit der Angestellten wie der Arbeiter, an willkürlicher Behandlung seiner „jungen Leute“ (die weit über das Schwabentaler hinaus sein können), wie der „gewöhnlichen“ Arbeitsleute.

Ist nicht z. B. der von der sozialdemokratischen Volksregierung angeordnete Achtstundentag für die Angestellten ebenso nötig wie für die Arbeiter? Wenn die Sozialdemokratie nicht die Wehrhaftigkeit erlangt, so wird den Angestellten diese Revolutionserungenhaft wieder verloren gehen. Da wir aber sehr schweren Zeiten entgegengehen, wird die Verlängerung der Arbeitszeit bedeuten, daß noch mehr Angestelltestellenlos sein werden als es ohnedies der Fall sein wird. Die Unternehmer werden die Möglichkeit ausnützen, den einzelnen zu überburden und so ihr Personal einzuschränken. Just der Angestellte bedarf Zeit zu seiner geistigen Fortbildung, just er will nicht in seiner Dienststelle versimpeln, just ihm muß es bitter sein, wenn jede Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft für ihn in Fortfall kommt. Vielleicht empfindet der Arbeiter, der selbst keine besonders „gute Kinderstube“ gehabt hat, es noch nicht so hart, wie der Angestellte, wenn ihm Muße fehlt, sich um die Erziehung seiner Kinder zu kümmern.

Und wie sieht es denn sonst bei den Angestellten aus? Ist es nicht empörend, daß die nichtswürdigen Konkurrenzlaufen in den Verträgen zulässig sind, nach denen Angestellte nach ihrem Austritt aus einer Firma nicht zur Konkurrenz gehen dürfen? Diese widerliche Klausel tüftelten sich gewitzte Kaufherren und gerissene Fabrikanten aus, um die Gehälter der Angestellten zu drücken. Ein günstigeres Angebot mit höherem Gehalt und sonstigen Annehmlichkeiten muß ja den durch solche Vertragsvorstchrift gehebelte Angestellte oft genug ausschlagen und sein Prinzipal behält ihn an der Kandare.

Verweigern nicht noch Tausende von Chefs „ihren“ Angestellten den Sommerurlaub, sei es aus Laune, sei es, um am Personal zu sparen? Hier muß die Gesetzgebung einschreiten und den Angestellten einen ausreichenden Sommerurlaub unter Fortzahlung des Gehaltes garantieren. Gerade wer weiß, daß Deutschlands Volk zu Grunde gehen muß, wenn es nicht tüchtig arbeitet, muß es fordern, daß den männlichen und weiblichen Angestellten Zeit gegeben wird, ihre Nerven nach langen Monaten fleißiger Arbeit wieder zu heilen.

Für die Durchführung der Arbeiterschutzeinstimmungen ist, wenn auch noch unzureichend, einige Maßnahmen durch die Fabrikinspektoren gesorgt worden. Diese Einrichtung bedarf der Ergänzung durch Handelsinspektoren, die zum Teil aus den Reihen der männlichen und weiblichen Handelsangestellten selbst zu entnehmen sind. Der sozialdemokratischen Volksregierung erst ist es zu ver-

danken, daß die etwas besser gestellten Angestellten mit immer noch sehr bescheidenen Gehältern in die Krankenkassen einzuzunehmen sind und nicht in Krankheitsfällen in die bitterste Not geraten.

Auf allen Gebieten wahrt die Sozialdemokratie die Interessen der Angestellten, die ebenso wie die Arbeiter die Opfer der von allen bürgerlichen Parteien bewilligten Heeresvermehrungen und der gesamten Kriegspolitik der alten Gewalten geworden sind.

Die Sozialisierung der Gesellschaft liegt im besonderen Interesse gerade der Angestellten. Daß die Sozialisierung in einem einzelnen, von kapitalistischen Staaten umgebenen verarmten Lande nicht allzu weitgesteckte Grenzen gezeigt

finden, haben wir in unserem Blatte zum Ausdruck gebracht. Die Verstaatlichung in einem demokratischen Staate ist aber im allgemeinen ein Segen gerade für die Angestellten. Statt sich mit mächtigen Großkapitalisten über die Arbeitsbedingungen zu einigen, haben sie sich dann mit einem Parlament zu einigen, das sie selbst gewählt haben, und das auf die Interessen seiner Wähler Rücksicht nehmen muß. Das Handelsgewerbe wird sich mit Ausnahme einiger Spezialbranchen (wie des Kohlengroßhandels) einstweilen nicht verstaatlichen lassen, aber die Privatmonopolbetriebe der Industrie sind bald zur Verstaatlichung zeit.

Angestellte! Stimmt bei den kommenden Wahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Sturmtag in Berlin.

Die Weihnachtsvorfeier in Berlin hat die Arbeiterklasse vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Es handelt sich jetzt endgültig darum, ob in Deutschland jeder wirtschaftliche Wunsch oder jede politische Forderung mit Hilfe von Matrosenmehrheiten durchsetzt oder ob der legale Weg eingehalten werden soll. In unserer Reichshauptstadt gilt vorläufig noch die Macht des Augenblicks, die politische Kurzsichtigkeit einer Anzahl Heikloppe. Ohne schwere Schädigung der Volksgesamtheit darf dieser Zustand keine Stunde länger dauern.

Die Vorgänge am Montag und Dienstag trugen ansatzlos den Charakter einer Lohn- und Quartierkriege der Matrosendivision, die etwa 2000 Mann stark im Schloss und Marstall untergebracht war. Ein sozialistisches Komiteebüro erklärte, der Kampf habe bald eine ausgesprochne politische Färbung angenommen und die Aufrührer forderten an Stelle der Regierung Ebert-Haase eine soziale Liebknecht-Ledebour.

Die schlechte Verbindung mit Berlin gestaltete uns am Dienstag nicht, ausführlicher zu berichten. Wir wollen deshalb etwas weiter ausholen.

Den Aufstand und seine angebliche Ursache haben wir bereits in unserer letzten Nummer skizziert. Die Matrosen verlangten eine Verstärkung ihres Mannschaftsbestandes und Einreihung in die republikanische Soldatenwehr, deren 10 000-Mann-Bestand sich übertritten ist. Sie erhielten bisher nicht dieselben Löhnen, wie die Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr. Sie wollten die ihnen noch zuwendenden Beträge in Höhe von etwa 80 000 Mark erhalten, sobald sie das Schloss geräumt und sich zu ihren Erstgruppenteilen begeben hätten. Es wurde den Matrosen bekannt, daß der Stadtkommandant Weis sich der Einreihung in die Soldatenwehr angeblich widersetzt, weshalb sie beschlossen, den Kommandanten anzugreifen, bis alle Forderungen erfüllt seien. Um 6 Uhr drängten die Matrosen zur Stadtkommandantur, und spererten die in Betracht kommenden Straßen ab. Die Passanten wurden um Räumung ersucht, da sich wahrscheinlich ein Gefecht entspinnen werde. Ein Mitglied des Soldatenrates erklärte, man werde nur schießen, wenn man angegriffen würde. Ehe die von den Berliner Soldatenräten verständigten Truppen ankamen, hatten die Matrosen ihr Vorhaben erreicht. Unter dem Kugelwechsel, der unter den zuerst Ankommenden entstand, haben wir bestätigt. Bei diesem Treffen wurde ein Matrose getötet, 3 schwer verletzt. Man rief: nieder mit Weis!, und nahm ihn Leutnant Fischer und Dr. Bongard gefangen. Der Kaiser der Fünf der republikanischen Soldatenwehr trat sofort zusammen, um über weitere Maßnahmen zu beraten. Die anrückenden Einsatztruppen der Garnison wurden vorläufig wieder in ihre Kaserne entlassen. Eine Abordnung der republikanischen Soldatenwehr begab sich zum Volksbeauftragten Ebert, um weitere Maßnahmen zu erläutern.

Das Schicksal des Stadtkommandanten Weis.

Nach einer weiteren Darstellung soll Kommandant Weis der Abordnung erklärt haben, daß, wenn er das Geld zahlen müsse, er morgen alle Matrosen verhaften lassen würde. Diese Drohung hat die Matrosen am stärksten aufgebracht und sie zur Verhaftung des Kommandanten veranlaßt. Während ihn ein Mann am Arm ergriff, sagten ihn andere im Nacken, so daß Weis wehrlos folgen mußte. Als auf der Straße Mannschaften der Sicherheitswache vorschlugen, ein Auto herbeizuholen, rissen die aufgeregten Matrosen: „Wenn wir laufen, braucht er nicht zu fahren.“ Sein Schicksal entschied sich in einer Sitzung, die anfänglich an die Vorgänge im Reichskanzlerpalais bis 12 Uhr nachts im Divisionsstab im Schloss stand. In der Sitzung nahmen Vertreter sämtlicher Garderegimenter, der republikanischen Bürgerwehr und der Matrosen teil. Schulze-Bromberg teilte Ebert mit, daß die Sitzung das Ergebnis gehabt habe, daß die getretenen in Berlin stehenden Gardedivisionen sich auf die Seite der Matrosen stellen. Sie verlangten einmütig die Amtsenthebung des Stadtkommandanten Weis, und sind bereit, ihn und die beiden mit ihm gesangenen genommenen Herren zu entlassen.

Die Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern unter Leitung von Volkenskuhl, dem Rat der Fünf der republikanischen Bürgerwehr und den Abgeordneten der Ab-

teilung 3 der Matrosendivision, die bis gegen 12 Uhr nachts dauerten, führten leider nicht zu dem gewünschten Resultat. Die Matrosen erklärten sich zwar damit einverstanden, Weis in Freiheit zu lassen, wenn ihnen der rückständige Sold gezahlt würde, weigerten sich aber, ihre Aufführung vorzunehmen und Berlin zu verlassen. Weis und Geßel wurden sind unverdrossen freigelassen worden. B. Molkenbuhr wurde nach dem „Vorwärts“ zum vorläufigen Stadtkommandanten ernannt. Wie das „S. T.“ meldet, wurde Oberst Schwarzkopf mit diesem Amt betraut. Die Soldaten wollen aber Lieutenant Fischer an dieser Stelle sehen.

Die Matrosen im „Vorwärts“.

In den späten Abendstunden kamen Matrosen der Volksmarinebrigade mit einem Panzerauto vor dem Gebäude des „Vorwärts“ vor. Die Wache der republikanischen Bürgerwehr verweigerte den Matrosen den Eintritt, ließ aber schließlich eine Deputation von drei Mann passieren. Diese Abordnung erklärte dem Chefredakteur Stampfer, daß sie gekommen sei, um zu kontrollieren, was der „Vorwärts“ über die Vorfälle in der Kommandatur schreiben werde; sie würden nicht dulden, daß der „Vorwärts“ einen Bericht, der den Interessen des Weis dienen könnte, veröffentlicht. Chefredakteur Stampfer erwiderte der Deputation, daß der „Vorwärts“ sich nicht beeinflussen lasse und nur das schreiben werde, was nach seiner Meinung im Interesse der Arbeiterschaft richtig sei. Darauf erklärten die Matrosen, daß sie der Schriftleitung im Laufe der Nacht einen zweiten Besuch machen würden, um festzustellen, was der „Vorwärts“ geschrieben habe.

Unter Centralorgan erläßt eine Erklärung, in der es bestont, daß die Redaktion nach wie vor das sagen und schreiben werde, was sie für wahr und richtig halte. Das allein liege im Interesse der Arbeiter.

Neue Kämpfe am Schloss und Marstall.

Am Dienstag morgen 8 Uhr kam es erneut zu heftigen Kämpfen am Schloss und Marstall, nachdem regierungstreue Truppen im Laufe der Nacht aus Potsdam angekommen waren, um sich gegen die Matrosen zu wenden. Die Kunden gingen einem großen Heerlager. Die Matrosen waren mit Stahlhelm und Tornister ausgerüstet und hatten das Seitenabwehr aufgeplant. Gegen 10 Uhr forderte eine Abordnung völlig Ergebung der Matrosen, und als diese verweigert wurde, wurde das Signal zum Schießen gegeben. Es begann eine regelrechte Beschließung und Eroberung des Schlosses. U. a. stürmten die Truppen über die Hauptstiege in die ehemaligen Privatgemächer des Kaisers, die jedoch bereits von den Matrosen verlassen waren. Dagegen war der Weiße Saal fest vertrammelt. Ein Handgranate wurde der Eingang erzwungen und nun entpann sich in diesem Saal ein Gefecht Mann gegen Mann. Die Regierungstruppen vermochten schließlich die Aufständischen Schritt für Schritt zurückzudringen und sich nach dem Südflügel in die gegenüber dem Marstall gelegenen Räume zu treiben. In den Gängen, die dorthin führen, hatten die Matrosen inzwischen Maschinengewehre aufgestellt und hielten den Korridore darunter unter Feuer, so daß jeder Ansturm vergeblich gewesen wäre. Bei den Kämpfen im Schloss gab es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete. Im Audiengang hatten sich 25 Matrosen mit zwei Maschinengewehren vertrammelt, die bestiger Widerstand leisteten. Die Regierungstruppen vermochten alle Eingänge zu dem Saal zu besiegen und zwangen schließlich mit vorgehaltener Gewehr die Verteidiger, sich zu ergeben. Auch im Keller des Schlosses wurden vier Matrosen bewaffnet gesungen. Die Matrosen verschwanden sich darauf auf der gegenüber dem Schlossplatz gelegenen Seite des Schlosses, wo sie über zwanzig Maschinengewehre in Stellung brachten und den weiten Platz der Brüderstraße, Breite Straße, Königstraße und die Werderstraße unter Feuer hielten.

Auch um den Marstall kam es zu erbitterten Kämpfen die nach einer halbstündigen Waffenruhe fortgelebt wurden. Es kam auch zu einem

Politische Rundschau.

Deutschland.

Spartakus und Unabhängige.

Die "Rote Fahne" veröffentlicht ein Schreiben des Zentralsekretariats des Spartakusbundes an den Parteidienst der Unabhängigen Soz. Partei. Darin heißt es:

Der gegenwärtige Zustand der U. S. P. ist unhaltbar. Immer hemmungsloser gleiten ihre offiziellen Instanzen in die Bahn der verrätselichen Mehrheitspolitik.

Auf dem Rätekonvent haben hervorragende Mitglieder der U. S. P. ganz unverhüllt mit jener gegenrevolutionären Politik vorgetreten.

Mehr oder weniger offene Koalitionen mit den Mehrheitssozialisten für die bevorstehenden Wahlen sind vielfach unter Förderung des Parteidienstes der U. S. P. in die Wege geleitet. An zahlreichen Orten ist bereits eine förmliche Verschmelzung der U. S. P. mit den Mehrheitssozialisten im Gange.

Die "Freiheit", das amtliche Organ der U. S. P. unterstützt in verhängnisvoller Weise Tag für Tag das Korruptionssystem der herrschenden Eligue und die Herabfällung und Verkumpfung der Partei.

Die U. S. P. ist zum Gespött aller Klassenbewussten Arbeiter geworden.

Es wird dann weiter die Einberufung eines Parteitages gefordert. Mit Rücksicht auf die Verkehrs Schwierigkeiten muss dieser aber, wie die "Freiheit" meldet, unterbleiben.

Klusshreitungen im Streitgebiet.

In Hamborn hielten die Führer der radikalen Bergarbeiter-Streikbewegung Freitag abend noch das Rathaus und das Postamt besetzt. Das Rathaus wurde am Heiligen Abend von einer weit über 1000 Menschen zählenden, zum großen Teil bewaffneten Menge gestürmt. Die Polizeimannschaften wurden, wie sich das "Hamb. Fremdenblatt" telegraphieren lässt, überwältigt und entfernt. Ein Polizei-Inspektor wurde schwer verletzt. Der Ansturm auf das Rathaus erfolgte, nachdem die Menge tagsüber in der Umgegend von Hamborn bei einer ganzen Anzahl von Böchen die Belegschaften gezwungen hatte, die Arbeit einzustellen.

Die Wahlen in Braunschweig.

Das Ergebnis der Wahlen zum Landtag ist folgendes: Demokratische Volkspartei 45 700 Stimmen, Mehrheitssozialisten 56 100, Landesverband 55 100 und Unabhängige Sozialisten 52 200. Die bürgerlichen Parteien erzielten also insgesamt 100 800, die sozialistischen Parteien 109 300 Stimmen, letztere erzielten mithin die Majorität. Die demokratische Volkspartei erhält 13, die Mehrheitspartei 16, der Landeswahlverband und die Unabhängigen je 15 Sitze.

Belgien.

Das allgemeine Wahlrecht. Der Ministerrat nahm unter dem Vorsitz des Königs die Wahlreformvorlage, durch die das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, an. Als Wahlrechtsalter wurde das 21. Lebensjahr festgelegt.

Italien.

Rücktritt der Minister. Nach der Turiner Stampa haben sämtliche Minister ihre Portefeuilles dem Ministerpräsidenten Orlando zur Verfügung gestellt.

England.

Forderung der Werftarbeiter. Die Arbeiter der Schiffbauindustrie in England haben über den Vorschlag der Werftbesitzer abgestimmt, der dahin geht, eine Arbeitswoche von 47 Stunden einzuführen, während die Arbeiter selbst die 44-Stundenwoche beanspruchen. Der Vorschlag der Werftbesitzer wurde mit zwei Drittel Mehrheit abgelehnt.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

17. Fortsetzung.

Die pralle Riese sprang bei seinem Eintreffen sofort auf und ihm den bejubelten Hut vom Kopf nehmend, rief sie aus:

"Aun schaut, der Jürgens bringt heute gleich seine ganze Weisheit mit und da sollt Ihr auch was von ab haben!"

Und damit saßte sie über die ganze Gesellschaft lachend den Schne von des Bauern Hut ab.

Die anderen Bauern lichteten laut über den gelungenen Wit und einer meinte:

"Es ist doch ein jährlich Mädel, die Riese. Wo sie nur alles her hat?"

Die Unterhaltung kam nun in richtigen Fluss. Namentlich wurden die neuen Vorkommen im Dorfe meistens durchgeholt. Unter andern führte namentlich das Vorkommen auf einem benachbarten Hof eine lebhafte Ausprache herbei, weil hier die Bauern sehr davon interessiert waren. Es war das ein Fall, wie er sich noch häufig aus dem Lande abspielt.

Bei einem Großbauern war vor kurzer Zeit eine neue Magd in Dienst getreten. Dieser betrachtete sie als keine Sklaven, mit denen er tun und lassen könne, wie es ihm beliebe. So hatte er es immer bisher gehalten und die armen Geschöpfe wagten auch niemals dagegen aufzutreten, denn sonst würden sie einfach vom Hof gesagt und erhielten in weitem Umgebung keine sichere Stelle wieder.

Die neue Magd, ein derbes, kräftiges Mädchen, welches in der Stadt schon seit längerer Zeit einen Bräutigam hatte, wollte sie jedoch dem Ansinnen des Bauern nicht zügen. Erzog der jetzt unzweideutigen Abfrage verjuigte dieser dennoch eines Hörens, daß bei ihr mit Gewissheit ein Schäferkündchen zu vernehmen sei. Er kam damit über Schön an. Ehe er sich versah, befand er sich außerhalb ihrer Kammer und slog über Kopf die Treppe hinunter. Am nächsten Tage verlangte die Magd ihren rücksichtigen Lohn, um dann sofort den Hof zu verlassen.

Der Bauer jedoch, welcher ihr natürlich grimmige Faute geschoren hatte, schlug ihr das rundweg ab und verlangte, daß sie so lange auf dem Hof zu bleiben habe, bis sie den Dienst regelrecht gefündigt habe. Sollte sie aber dennoch verjuigen, so ohne weiteres den Dienst zu verlassen, würde er sie durch den Gerichtshof zurückholen lassen. Die Magd sah bald ein, daß sie hier machtlos war und so muhte sie denn ihre Zeit ab.

Den ganzen Vortag erzählte sie jedoch bald danach wahrheitsgemäß ihrem Bräutigam, welcher sofort die Sache bei dem Staatsgericht anzeigt und eine strenge Bestrafung des Bauern verlangt.

Wirtschaftliches.

Die Ursache für die Erhöhung der Fleischpreise.

Die Preise für frische dänische Einfahrt haben, seit dem Deutschen Krieg, eine Steigerung bis zu 65 Prozent erfahren. Da der in Dänemark gezahlte Preis gleich geblieben ist, so ist, wie das Reichsnährungsamt mitteilt, der Grund für diese neue Preisseigerung hauptsächlich in dem Sinken des Marktwertes im Auslande zu suchen.

Stilllegung zahlreicher Betriebe auch in Baden.

Die vorläufige badische Volksregierung hat die vorübergehende Stilllegung von Betrieben der Metall- und chemischen Industrien am 24. Dezember bis 8. Januar angeordnet, sofern in ihnen nicht mehr als 30 Arbeiter beschäftigt werden. Für die infolge der Stilllegung entstandenen Lohnausfälle erhalten die feiernden Arbeiter 65 Prozent Entschädigung ihres Lohnes.

Spiegelberg . . .

Der Textilhandel hat jetzt schwere Sorgen! Das Publikum bewahrt vernünftigerweise eine gewisse Zurückhaltung im Kaufen in der Erwartung, daß doch höchstens ein Preisrückgang eingesenkt müsse. Aber gerade darum haben die Kaufleute Furcht. Sie fordern deshalb die Abschaffung der Ausfuhr von Textilien, denn die durch die Ausfuhr vermehrte Nachfrage würde, wenn auch nicht gerade die Preise in die Höhe treiben, doch zum mindesten ihr Sinken verhindern. Freilich ist man einer weiteren Preiserhöhung auch nicht direkt abgeneigt. Deshalb fordert man die Beseitigung der bestehenden über Preise beschränkungen im Web- und Wirkwarenhandel, über Wucher und Reiternhandel und gesteht ganz offen: „Der Einkauf hätte für den Abnehmer nur dann Reiz, wenn er, den genannten gesetzlichen Beschränkungen befreit, durch Weiterverkauf einen nennenswerten Gewinn erzielen könnte.“ In dem Bemühen, die Selbstlosigkeit gleichzeitig auch zu betonen, wird dann hinzugefügt, daß der Gewinn durch Besteuerung dem Staate nutzbar gemacht werden kann. Auf diese Spiegelsteuer darf sich das Reichswirtschaftsamt im Interesse der Konsumenten nicht einlassen.

Aus der Partei.

Das letzte Papier. Wir lesen in der "Magdeburger Volksstimme": Jetzt ist und bliebe es uns gelungen, heute so viel Papier heranzuhauen, daß wir sechs Seiten herausdrucken können. Wir haben Hoffnung, eine Ladung, die auf der Elbe schwimmt, morgen gräßen zu können. Versagt die Hoffnung, zu deren Erfüllung keine Arbeit und keine Kosten gebracht werden, dann sind wir morgen nicht in der Lage, unsere Leser zu versorgen. Vier volle Seiten. — Der Papiermangel zwinge auch den "Südbader Volksboten" zu Einschränkungen, die er im Interesse der Leser nur ungern macht.

Großes Edward Bernstein ist der alten Partei wieder beigetreten, ohne seine Beziehungen zur Unabhängigen Partei aufzugeben zu haben. Er hofft auf diese Weise, die Wiedervereinigung beider Parteien zu befürworten. — Ebenfalls hat der unabhängige Wahlverein Apolda und derjenige von Dederon (Nördl. Kreis-Freiburg) seinen Beitrag zu unserer Partei vollzogen. Das gleiche wird vom Wahlverein Wansee berichtet.

Aus dem Gerichtsaal.

Ein großer Kriegsmüllerprozeß wurde nach elstätigiger Verhandlung vor dem Dresdenner Landgericht beendet. Es handelte sich um Schiebungen in Höhe von anderthalb Millionen. Der Hauptangeklagte Lampe mußte wegen der militärischen Unnütze gänzlich freigesprochen werden. Es drehte sich in der Hauptlaube um den Verkauf von sogenanntem "Leipziger Allerlei", dem ganz ungeniehbare moderate Pilze beigemischt waren. Die Geschäftsführer der amtlichen Einkaufsgesellschaft "Öffschaften", Jendret und Zimmermann, liehen sich durch Schmiergelder bestechen. Die Strafen lauteten für die Angeklagten auf acht Monate bis zwei Jahre Gefängnis, ferner auf 3000 bis 10 000 Mark Geldstrafe und Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Eine Filmbewegung forderte in Berlin fünf Opfer. Die Schlossfrau Klimmek erlitt mit ihren drei Kindern und ihrer Mutter bei einer Filmbewegung so schwere Brandwunden, daß alle nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht werden mußten. Nachdem die Großmutter, die Mutter und die beiden ältesten Kinder ihren schweren Wunden bereits erlegen sind, ist jetzt auch das jüngste Kind, die drei Jahre alte Tochter Gertrud, gestorben.

Einem großen Schleichhandel mit Gold ist auch die Berliner Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Ihr war bekannt worden, daß zwei Männer, die in einem Hotel am Schlesischen Bahnhof wohnten, 250 000 Mark in Goldstücke, die aus Breslau stammten, zum Kauf angeboten hatten. Für ein Zwanzigstausend verlangten sie 65 Mark in Scheinen. Als die Kauflustigen zur Abnahme d. Geschäfts in dem Hotel erschienen, griff die Polizei ein und beschlagnahmte 65 000 Mark in Goldstücke, die die Veräußerer bei sich trugen. Bei einer Durchsuchung in der Wohnung fand man neben einer Goldschmelze eine Rolle Plättengold und 15 000 Mark in Silbergeld.

Die eigene Schwester erschossen. Ein trauriger Unfall hat sich in Groß-Berestow ereignet. Bei dem Bauernhofbesitzer Wilhelm Rathenow waren der 15 Jahre alte Max Beerbaum und dessen Schwester Marie beschäftigt. Der Knabe hatte sich von durchzitternden Truppen einen Karabiner angeeignet und nahm damit Schießübungen. Als seine Schwester ihn aufforderte, die Waffe fortzulegen, zielte der Junge im Scherz auf sie. Blößlich entlief sich die Waffe und das Geschoss traf das Mädchen so unglücklich in den Kopf, daß es sofort starb.

Wieder ein Raubmord auf der Landstraße. Die Un Sicherheit auf den Landstraßen in der näheren und weiteren Umgebung Berlins nimmt in erstaunlicher Weise zu. So wurde wieder bei Leuten in der Uckermark der Gutsbesitzer Fromme auf der Landstraße ermordet und verdeckt. Fromme befand sich auf dem Wege von Lyck nach dem etwa eine halbe Stunde entfernt gelegenen Gutshof Säyle, als die Räuber über ihn herfielen, ihn ermordeten und austaubten. Sie erbeuteten u. a. 8000 Mark in Kriegsanleihe. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein hämisches Begräbnis. Bei dem Begräbnis des ermordeten Präsidenten von Portugal sind in der Rua Augusta Schüsse gewechselt worden, wobei vier Personen getötet wurden. Durch einen falschen Alarm entstand eine Panik, bei der 40 Personen verwundet wurden.

An die Mütter!

Hörst auf, ihr Witwen und Mütter in Trauer! Werst ab Eure dunklen Schleier und erholt Euer Antlitz dem Leben!

Es braust durch die deutschen Lände der Freiheitssturm. Laut schallt über alles der Ruf nach der deutschen Frau und Mutter. Abgeworfen ist der Zwang, der Eure Hälften und Söhne aus Euren liebenden Armen gerissen. Begleitet ist die junge Republik die behütende Macht der Mütter und Frauen.

Ihr Mütter der Deutschen! Nie wieder wird eine kleine Menschenmenschen Millionen Unschuldiger aufeinanderhetzen zum Vernichtungskampf. Ihr sollt die Frucht Eurer Arbeit selber ziehen, Zeit gewinnen für Euer Heim und Euch selbst, Eure Kinder sollen lernen dürfen unbeschrankt, wenn Ihr jetzt Euch stark macht und Euch aufruft zur politischen Arbeit. Eblend sind wir und in Not durch die Schuld der vorigen Machthaber. Nur die Arbeit kann uns daraus erlösen. Greift zu und helft der deutschen Republik, die Euch stimmberechtigt gemacht im Glauben an die menschliche Güte im Weibe.

Glückliches Geschlecht, das in Freiheit schaffen darf für ein besseres Leben seiner Kinder! Seid stark im Kampfe, meine Schwestern, die ihr groß gewesen im Osten, nehmt Teil am Kampf des neuen Staates der Gerechtigkeit. Fürwahr, es ist eine Lust zu leben!

Ella Wierzbick - Hamburg.

Aber, Jürgens, rief der Schmied aus, wo bleibt denn die Moral von unserem ganzen ehrlichen Leben, wenn Ihr wie die Tiere haufen wollt!"

"Ja, ja," entgegnete negativ der Bauer. "Geht mir bloß mit Eurer Moral vom Leibe. Auf der einen Seite predigt Ihr, daß der Mensch vom Tier abkommt. Macht nun aber einer den Tieren nach, dann kommt Ihr wieder von der anderen Seite mit Eurer verdammten Moral. Bleibt mir bloß mit Eurem neu-modischen Kram vom Leibe. Ich tu deswegen doch, was ich will!" Er bekräftigte seine Meinung mit einem kräftigen Faustschlag auf den Tisch.

"Na, hübsch ist's jedenfalls nicht und reicht auch nicht. Das sag' ich," entgegnete der Schmied. "Mögt mal sehen, was Eure Berta für Augen machen würde, wenn Ihr so von der verlangtet."

"Was Ihr wohl mögt," fuhr der Jürgens auf. "Keuen würdet Ihr sich über die Ehe! Ich bin noch lang kein Windbeutel wie der Röder, der mirs Mädel bald verdonnen hätt."

"Man immer zugig, Jürgens," mahnte Pöchner, der dem Bauern schon ansah, daß er anfangt, hilfzig zu werden. "Röder war ein harter, tüchtiger Kerl. Und wenn er vom Militär freisommt, nehm' ich ihn sofort wieder."

"Was!" schrie jetzt der Bauer wütend, "den Heizer, der uns all unsere Leute verdickt, wollt Ihr wiedernehmen? Schant Euch was! Tu's lieber nicht, sag' ich Euch. Da kommt nichts Gutes dabei heraus. Über das eine kann ich Euch sagen: Meine Berta kriegt es nämlich, dafür will ich schon sorgen, so lange sie mein Windbeutel ist und ich noch was zu sagen habe."

"Na ja," meinte Pöchner. "Mir solls schon recht sein, ob sie kriegt oder nicht. Wer wen ich nehm', darüber las ich mit keiner Wortschriften magen und dabei bleibt's!"

Der Bauer hatte währenddessen verschiedene Krüge über sich, und sein Redetrommel stieg auf eine sehr bedenkliche Höhe. In solchem Zustande hielt er sich ein jeder, ihn durch irgend etwas zu reizen. Selbst die Wirtstochter ließ sich sogar von ihm um die Taille fassen, aber freilich auch nur deshalb, weil er ihr eine halbe Flasche Wein spendiert hatte.

Heute schien es ihm aufs Geld überhaupt gar nicht ankommen. Seine Augen hatten wieder den roten läppischen Schein angenommen, als er die Kiefe einen Augenblick auf seinen Schädel niedergeschlagen hatte. Seine Nasenschläuche sogen mit verlangsamter Begierde den warmen hervorquellenden Duft aus. Wieder ein. Aber auch nur für einen Augenblick, denn mit einem energischen Ruck hielt sich die Kiefe von des Bauern Halsflamme frei und redlich ihn auf die Gaue aufzuladen. "Seins auch ion alter Sünden?"

„Kriegszeit“

Kampf zwischen den Regierungstruppen und Bürgern des Spartakus-Bundes am Lustgarten und im Hofe des Schlosses. Zur Unterstreichung der im Schlosse weilenden Sturmtruppen rückten drei Zug der Potsdamer Ulanen vom Circus Busch her nach dem Schlosse zu. In der Nähe der Börse hatten sich etwa 300 Spartakisten angesammelt, die mit einer Tafel „Sie der die Regierung, alle Macht dem Proletariat“, die Posten an der Börse durchbrochen hatten. Am Lustgarten gelang es den Spartakisten, die mit Revolvern bewaffnet waren, dem dritten Zug der Ulanen zwei Maschinengewehre zu entziehen, worauf die Demonstranten die Waffen in die Spree warfen. Unter lautem Rufen drangen sie über den Lustgarten durch das Portal in das Schloß ein und versuchten die Posten auf dem Schloßhof zu überrennen. Die Regierungstruppen hatten den Vorfall bemerkt und markten sich den Spartakisten entgegen. Sie waren bald sorgfältig.

Die Opfer des Tages.

Nach den bisherigen Feststellungen sind 21 Tote, 20 Schwere und etwa 20 leichtverwundete zu beklagen. Nach einer Darstellung der Volksmarinebrigade beträgt die Zahl der Toten bei den Matrosen neun, der Verwundeten etwa 40. Nach ärztlichen Feststellungen ist auf die Matrosen mit Gasgraten geschossen worden.

Bei dem Gefecht vor der Universität wurde der Offizier Bassik des 2. Jägerregiments zu Pferde und der Franzose Nebretton, die vor der Universität standen, durch schwere Matrosen verwundet.

Die „Rote Fahne“.

Das Organ Liebknechts, stellt die traurigen Vorgänge als Gewaltstreiche von Wels und Ebert hin. Das Spartakusblatt behauptet kurz und bündig:

Wels leistete keinen Widerstand bei der Verhaftung. Es ist aber festgestellt, daß er den telephonischen Befehl gegeben hat, auf die angreifenden Truppen zu schießen. Diese Hinterhältigkeit ist nicht zu schließen begonnen.

Der Wels wurde vor seine blutigen Opfer geführt.

Der Anblick machte nicht den mindesten Eindruck auf ihn.

Die Abfahrt des Wels nach dem Marstall erfolgte mit Gesang.

Ein Panzerauto fuhr nach dem „Vorwärts“, der die Volksmarinebrigade in gehässiger Weise angegriffen hatte.

21 Berliner Regimenter haben sich mit der Marine solidarisch erklärt.

Von der Kommandantur gegen 200 Mann vor dem Reichskanzlerpalais. Der „Volksbrauttag“ Barth suchte die Menschenmenge abzutrennen. Es gelang ihm aber nicht. Herr Ebert wurde im Reichskanzlerpalais festgelegt.

Eine Ordination vom Reichskanzlerpalais brachte die Meldung, die Preußische Garde sei alarmiert und im Anmarsch gegen Berlin. Die Aktion der Matrosen erfolgte völlig spontan, ohne jede Einwirkung einer politischen Partei.

Zugzwischen ist schwere Artillerie aus Potsdam eingerückt und vor dem Reichskanzlerpalais aufmarschiert. Die Marine wurde darauf entwaffnet und zog ab. Ebert ist wieder auf freiem Fuß.

Ebert lehnte Vermittlungsversuche des Polizeipräsidenten Eichhorn und Heale auf Grund der Tatsache, daß auf keinen funktionsgraphischen Befehl die Potsdamer Artillerie schon in Marsch war, ab . . .

Eine Sprache Redebours.

Wie wir weiter unten berichten, ist eine Einigung erreicht worden. Redebour holt im Marstall eine Ansprache vor die Matrosen, in der er zum Ausdruck brachte, daß die eingreifenden Truppen nur auf Befehl des Generalstabschefes gehandelt hätten. Es sei unbedingt notwendig, daß die Matrosen nach wie vor in Berlin zum weiteren Ausbau der Revolution verbleiben müßten. Die Alarmbereitschaft der gekommenen Berliner Garasen einschließlich der Volksmarinebrigaden sei aufgehoben. Am Schlusse der Ansprache forderte Redebour die Matrosen auf, ruhig auf die Straße zu gehen und Freiheit mit dem Landheer zu nehmen. Diese Truppen seien nicht ihre Feinde, sondern irregeleitete Kameraden. Er hoffe bestimmt, daß sich derartige Bruderkämpfe nicht wiederholten.

Die Matrosen brachten nach der Rede ein Hoch auf den französischen Redebour aus. Ihre Begeisterung ging so weit, daß sie ihm den Salut als Stadtkommandanten entboten. Redebour lehnte dieses Ansehen aber denkend ab mit dem Hinweis auf sein früher Elter und auf keine wichtige politische Tätigkeit.

Das Schlimmste mit den Matrosen.

Schnelle Regierung und der Volksmarinebrigaden ist folgende Vereinbarung zustande gekommen:

1. Die Volksmarinebrigaden verzögtert sich, bis jetzt das Salut zu räumen, wenn der Vertrag vom 18. 12. durchgeführt wird. Danach hat die Kriegsministerien Eintritt an die Befreiung im Marstall.

2. Die Matrosen werden der republikanischen Soldaten nicht eingegliedert, die dem Befehl der Kommandantur unterstehen. Die Form der Angliederung bleibt einer späteren Besprechung vorbehalten.

3. Die Matrosen verzögern sich in Zukunft nicht wieder an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. Meinungsverschiedenheiten solltlos auf dem Verhandlungsangebot durch die schwierigen Stufen zu erledigen. Die Distanz des Generalstabschefs wird sofort zurückgezogen. Die Alarmbereitschaft der Berliner Truppen und der Kriegsministerien wird sofort aufgehoben. Die Matrosen und Soldaten gehen in ihre Quartiere zurück. Kommandent Wels ist sofort freizugeben.

So wäre dann wieder Frieden in Berlin eingeföhrt. Man fragt sich nur, wie lange es dauert, bis wieder irgendwo eine „Aktion“ eingesetzt wird. Friedrich Stampfle zieht im „Vorwärts“ einen Titel: „Volkskrieg oder Werkbrecherkrieg?“ und formulierte darin die Lage u. a. folgendermaßen:

„Bei die Regierung in dieser totendigen Arbeit haben wir dem Volk das Recht nehmen will, in freier Abstimmung über sich selbst zu entscheiden, der ist kein Herrscher, kein Kommandant, sein Gesetz, sondern ein Beschreiber an der Revolution, es der Republik und der Sozialismus, und nicht demokratisch bestimmt werden. . . . Daß ein paar junge Matrosen auf verschiedene unsaubere Elemente für einen kleinen Aufschwung hingehen und in der Anrichtung einer sozialen Freiheit und Sozialherrschaft, wie in Frankreich, die Zeit erfordert. Das ist noch nicht das Sozialrecht. Das Sozialrecht ist, das vorliegende Berliner Arbeit — wenn man es nicht für eine Arbeit hält, die nicht mehr sozial ist.“

Kompak im Gehirn verloren zu haben scheinen, daß sie nicht wissen, wie sie sich zu den Ereignissen stellen sollen und den blödesten Schlagwörtern bestürmungslos nachlaufen.

Mit diesem Mittensertum muß es jetzt ein Ende haben. Ein hüben und drüben nur gilt!“

Mittel hier ausgebaut werden. Wenn das Edelfräulein vom Gutshof die Tagesschreiberin — sonst sagt sie die „drastigen Gothen“ — bestimmt hat, dann heißt das, daß die Kontraktanten vor keinem Opfer, selbst das Standesbündnis — der steht Ihnen doch am höchsten! — zurücktreten. Eine Wachnung für die Sozialdemokratie, hinter diesem Opfer nicht zurückzutreten!

Waffenstillstand und Frieden.

Die deutsche Waffenstillstandscommission weist auf die fortwährenden Erhöhungserfordernisse leitens der Alliierten hin, die die Ausführungen der Bedingungen in Frage stellen. Jetzt weist wieder die französische Abnahmekommission alle Wagen, die länger als drei Jahre nicht untersucht wurden, ohne weiteres zurück. Bald nach Kriegsausbruch wurde die Untersuchungsfrist ihrerseits auf fünf Jahre festgesetzt. Infolge einer ganz neuen, unbegründet hervortretenden Forderung würden zwei Fünftel unseres ganzen Wagenparks von vornherein vor der Abnahme ausgeschlossen sein, selbst ganz neue Wagen, die länger als drei Jahre nicht untersucht wurden.

Das Organ Clemenceaus, „L'homme libre“, schreibt unter anderem: Der Wille, die Verantwortlichkeit des deutschen Volkes kann nur in einer legalen Versammlung regulär gewählter Vertreter zum Ausdruck kommen. Weder Sovjet noch Diktatur, sondern Ordnung und Legalität. Wir werden keine andere deutsche Regierung als verhandlungsfähig anerkennen, als diejenige, die aus dem Volke hervorgegangen ist, aus dem ganzen deutschen Volke.

Gegen die Gefangenennahme deutscher Soldaten nach dem 11. November protestiert die Waffenstillstandscommission. Wie aus Bern gemeldet wurde, sind die Deutschen in den elsässischen Orten Großhöningen und St. Ludwig dem Verhängniss ausgesetzt, da Lebensmittelkarten nur an Altländer verabschloßt werden. Gegen das Verfahren wurde Einspruch erhoben. Keiner wird dringend um Ausführung anhängig für Walzeisen ersucht, das zum Teil nur durch luxemburgische und lothringische Werke geliefert werden kann und das für die in Berlin geplanten Rettungsarbeiten dringend benötigt wird, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Über die Übergabe der Büttendorfs Köln-Ahlem-Woing finden Verhandlungen statt. Als Ausgleich fordert die deutsche Regierung, daß die Vororte Frankfurts bis höchst aus dem Brüderloß herausgenommen werden. — Der Arbeiterverkehr von und nach der Haupt-Eisenbahnhauptstätte Nied bei Frankfurt a. M. ist wieder freizugeben.

Krieg und Kriegsfolgen.

Tom fordert die Befreiung Mannheims.

Bei Mannheim wurde zum Transport der alliierten Kriegsgefangenen dieser Tage ein Sammellager errichtet. Tom verlangte zum Schutz des Gefangenenseifers die Befreiung Mannheims durch die französische Brigade, 3 Eskadrons, 3000 Mann und 1200 Pferden. Die Mannheimer Polizeitruppe, ein Bataillon des Infanterie-Regiments 110, sollte Mannheim verlassen. Die Verhandlungen der Waffenstillstandscommission in Spa erreichten, daß die Polizeitruppe verbleibt und französisches nur ein Bataillon durch die Stadt marschiert, um die Bewachung des Sammellagers zu übernehmen.

Gegen die rote Flagge. Wie die Berliner Korrespondenz meldet, wurde folgender Befehl seitens der englischen Admiralschaft an die deutsche Flotte erlassen: 1. Schiffe mit einer roten Flagge werden ohne Warnung vernichtet. 2. Schiffe ohne Offiziere werden nach dem Kriegsrecht behandelt. 3. Wenn ein Mann bei der bolschewistischen Propaganda erfaßt wird, so wird die gesamte Besatzung der betreffenden Einheit handgreiflich erfochten.

Gelöschende für Matrosen. Eine vom „Pfeifer Lloyd“ veranstaltete Sammlung für die armen Matrosen ergab den Betrag von 84 110 Kronen.

Rückhaltung der französischen Banknoten. Die Deutschen erlaubten die den Banken in Nordfrankreich genommenen Werte, die sich auf einandernd sechs Milliarden belaufen, zurück.

Zug den Tschechen? Der Prager Korrespondent des „Neuen Wiener Tagblatts“ will authentisch erfahren haben, die Entente habe beschlossen, den Tschechen die frühere deutsche Kolonie Togo zu geben.

Die Wahlen zur Landtagsverfassung.

Ländliche Wahlen.

Zu den bisherigen Reichstagswahlen hatten infolge der unzureichenden Wahlkreiseinteilung die ländlichen Bezirke ausgeschlagende Bedeutung für das Wahlresultat. 20 000 Wähler eines hinterpommerschen Kreises wählten eben einen Abgeordneten, wie die 250 000 Wähler von Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Durch das Proportionalwahlrecht ist der Einfluß aller Wahlbezirke auf die wirkliche Bevölkerungsgröße zurückgeführt worden, aber trotzdem wird der Einfluß der ländlichen Bezirke nicht unterdrückt werden. Gerade jetzt zeigt sich, wie unwahr die Behauptung der Aktion ist, daß bei gleicher Wahlkreiseinteilung das platten Land vergentigt werden würde. Denn es ist durchaus nicht so, daß einzig eine Stadt gegen Land bei den Wahlen stimmt, sondern, daß in den Städten dominierende Parteien, Sozialdemokraten und Bürgerliche-Demokraten, haben auch auf dem Lande starken Anklang, während andererseits die Kontraktanten bei den Reichstagswahlen meistens städtische Mandate erobert haben.

Bürgerliche Blätter stellen kritisch fest, daß der sozialdemokratische Wahltag in Inhalt auf der Abstimmung des platten Landes beruhe. Die Stadt Potsdam hatte eine bürgerliche Mehrheit wahlberechtigt, aber das Land wählt mit ungeheuerer Mehrheit sozialdemokratisch. — Das südliche Brandenburg-Streit hat gleichfalls 50 Prozent sozialdemokratische Stimmen geliefert, von denen der größere Teil der ländlichen Bevölkerung entstammen mög.

Die Sozialdemokratie hat also offen Grund, auf dem Lande die Sozialrechte einzufordern. Die Kontraktanten erzielen hier mit einem Mitteln der Verzweiflung. Die „Kreuzzeitung“ brachte jüngst einen röhrenden Vorfall, wie die letzte Tagesschreiberstimme aus dem Saarbezirk für die Kontraktanten herausgestellt werden sollte: Der Gutsbesitzer sollte die Wahlen in seinem Bogen zum Beispiel führen, sein Sohn nicht wahlberechtigt. Dann und wenn noch nicht wahlberechtigte Kinder sollten das Recht der Wähler haben, das „soziale Erbteil“ sollte die Kinder der zur Wahl

Mittel hier ausgebaut werden. Wenn das Edelfräulein vom Gutshof die Tagesschreiberin — sonst sagt sie die „drastigen Gothen“ — bestimmt hat, dann heißt das, daß die Kontraktanten vor keinem Opfer, selbst das Standesbündnis — der steht Ihnen doch am höchsten! — zurücktreten. Eine Wachnung für die Sozialdemokratie, hinter diesem Opfer nicht zurückzutreten!

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Freitag, 27. Dezember.

Die Südecker Kontraktanten auf dem Gimpelshaus.

Zu den Parteien, die alle Ursache haben, ihre Vergangenheit und ihren Namen mit einem dichten Schleier zu verbüllen, gehören die Kontraktanten. Sie betrachteten bis zur Revolution das deutsche Volk nur als Objekt ihrer Geschäftigung und waren die festesten Stützen des Militarismus und des eroberungslüsternen Imperialismus. Aus der Feder eines ihrer hervorragendsten Mitglieder stammt das Wort: Gott sei Dank, daß wir Krieg haben! Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben! Einet der schlimmsten kontraktiven Kriegsbezieher war der mecklenburgische Edelmann v. Graeven-Goldbeck, dessen provozierende Reden im Reichstage noch unvergessen sind. Diesen Mann, der alle Ursache hat, sich vom politischen Leben zurückzuziehen, haben sich die hiesigen Kontraktanten, die sich sehr schämen als „Deutsche nationale Volkspartei“ bezeichnen, kommen lassen, damit er den Südecker etwas von seiner Weisheit profitieren lasse. Sehr zufrieden war er nicht gewesen. Er töte in seiner Rede dagegen, daß die deutsche Regierung die feindlichen Waffenstillstandsforderungen nicht mit dem Aufruf zur nationalen Verteidigung beantwortet hätte. Wäre die Front nicht von der Heimat im Stich gelassen worden, so hätte Hindenburg die Front noch lange halten können, bis die Feinde zu anderen Waffenstillstandsbedingungen geneigt gewesen wären. Die Schuldigen an der Niederlage seien die Schwärmere für Völkerlöschung und diejenigen, die für den Südeckerlohn russisch-jüdischen Geldes die Standhaftigkeit der deutschen Front unterminiert hätten. Solche Behauptungen mögten der edle Kunstmensch aufzustellen angehören, daß Ludendorffs Drängen nach dem Waffenstillstandsangebot vorangegangen war, der Zusammenbruch Bulgariens, der Türkei und Österreich-Ungarn! Dann schimpfte Grafe in allen Tonarten auf die Revolution, welche auch die Friedensausführungen verschlechtert habe. Er warnte weiter vor dem Glauben, daß die Nationalversammlung gefestigte Zustände schaffen werde. Scharf wandte er sich gegen die sozialdemokratische Partei, in der er das trennende Element unter den Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie erblickt. In das Referat, das deutlich erkennen ließ, daß sich die Anschauungen und Weltanschauungen der Kontraktanten in nichts geändert haben, schloß sich eine Debatte, in der u. a. Martha Voß-Bielek, die ja bekanntlich eine Wanderrerdnerin der eroberungslüsternen Vaterlandspartei war, gegen die Sozialdemokratie und die Demokratische Partei zuwinkte und der ehemalige Lehrer Max und die Revolution als schwärmende Landesverein zugunsten der Feinde Deutschlands bezeichnete, und die niedrige Verdächtigung wiederholte, die Sozialdemokratie habe dafür Millionen englischen Geldes bekommen. Kaufmann Richter entwickelte antisemitische Anschauungen und „krassierte“ jüdische Persönlichkeiten in der Revolution. Die Polizeistunde endete diese „erhabende“ Debatte. Nur Leute, die durch den Krieg und die Revolution nichts gelernt haben, dürften ihre Zuflucht bei dieser „deutsch-nationalen Volkspartei“ suchen, die selbst ein Beispiel darstellt für die weitgehende Meinungsfreiheit im revolutionären Deutschland.

Weitere Truppenankunft.

Am 2. Dezember abends 10 Uhr trafen hier 187 Mann des J.-B. 426 mit 222 Pferden und 22 Fahrzeugen ein. Seit dem 11. Dezember hatten sie in Schlitten der Versorgung, die dann endlich am 23. erfolgte. Die Schuhmannschaft beglich auf dem Bachsteig die Heimlehrten; ein von Hessenmann des Roten Kreuzes aufgestellter brennender Weihnachtsbaum ließ manchen Feldgrauen die Gedanken zurückzuschicken an jene Zeit, wo er unter andern Verhältnissen unter dem Lichterbaum saß. Da eine offizielle Begrüßung nicht stattfinden konnte — die Mannschaften mussten bei ihren Pferden verbleiben — ließen die Genossen Hufschlag vom S.-Rat und Stellung durch ein Mitglied des Soldatenrates der Truppe den Kameraden bis herzlichsten Willkommenstrahl aus. Auch wir heißen die Brüder imfeldgrauen Rot herzlich in der Heimat willkommen.

Die Bekleidung der Entlassenen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Besitz an Bekleidungs- und Ausstattungsstücken keineswegs so groß, daß jeder Mann bei seiner Entlassung mit neuen Stücken ausgestattet werden kann. Es muß daher bei der Entlassung mit einem Zugang vorliegen, der nach der bisherigen Aussichtung als garnisonbrauchbar angesehen wurde. Ein Umtausch kann nur sofern stattfinden, als es si zum brauchbaren Bekleidungsstück handelt. Diese müssen aber beim Empfang garnisonbrauchbar Stücke zurückgegeben werden, um sie zur Ausrüstung bürgerlicher Einheiten zu verwenden. Bei der Knappheit an Kleidstoffen aller Art kann auf die ausgetragenen Sachen nicht verzichtet werden. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürgerlicher Entlassungsgruppen ist nur darum möglich, wenn die Bekleidungsämter und die Bekleidungsinstanzien die entsprechenden Sachen nicht verzichten. Diese müssen vielmehr fast verständig verarbeitet und verarbeitet und deshalb von den Truppen den Bekleidungs- und Ausstattungsstücken der ordnungsmäßig zugewiesen werden. Die Ausrüstung bürger

Freitag,
den 27. Dezember 1913

Politische Rundschau.

Deutschland.

Spartakus und Unabhängige.

Die "Rote Fahne" veröffentlicht ein Schreiben des Zentralsekretariats des Spartakusbundes an den Parteivorstand der Unabhängigen Soz. Partei. Darin heißt es:

Der gegenwärtige Zustand der U. S. P. ist unhaltbar. Niemals hemmungsloser gleiten so viele offizielle Instanzen in die Bahn der verrätselischen Mehrheitspolitik.

Auf dem Rätekongress haben hervorragende Mitglieder der U. S. P. ganz unverhüllt mit jener gegenrevolutionären Politik vaktiert.

Mehr oder weniger offene Koalitionen mit den Mehrheitssozialisten für die bevorstehenden Wahlen sind vielfach unter Förderung des Parteivorstandes der U. S. P. in die Wege geführt. An zahlreichen Orten ist bereits eine förmliche Verschmelzung der U. S. P. mit den Mehrheitssozialisten im Gange.

Die "Freiheit", das amtliche Organ der U. S. P., unterstützt in verhängnisvollster Weise Tag für Tag das Korruptionsystem der herrschenden Clique und die Verflüchtigung und Versumpfung der Partei.

Die U. S. P. ist zum Gespött aller klassenbewußten Arbeiter geworden.

Es wird dann weiter die Einberufung eines Parteitages gefordert. Mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten muß dieser aber, wie die "Freiheit" meldet, unterbleiben.

Ausschreitungen im Streikgebiet.

In Hamborn hielten die Führer der radikalen Bergarbeiter-Streikbewegung Freitag abend noch das Rathaus und das Polizeiamt besetzt. Das Rathaus wurde am Heiligen Abend von einer weit über 1000 Menschen zählenden, zum großen Teil bewaffneten Menge gestürmt. Die Polizeimannschaften wurden, wie sich das "Hamb. Fremdenblatt" teleskopieren läßt, überwältigt und entsezt. Ein Polizei-Inspektor wurde schwer verletzt. Der Ansturm auf das Rathaus erfolgte, nachdem die Menge tagsüber in der Umgebung von Hamborn bei einer ganzen Anzahl von Zeichen die Belegschaften gezwungen hatte, die Arbeit einzustellen.

Die Wahlen in Braunschweig.

Das Ergebnis der Wahlen zum Landtag ist folgendes: Demokratische Volkspartei 45 700 Stimmen, Mehrheitssozialisten 56 100, Landesverband 55 100 und Unabhängige Sozialisten 52 200. Die bürgerlichen Parteien ergaben also insgesamt 100 800, die sozialistischen Parteien 109 300 Stimmen, letztere ergaben mithin die Majorität. Die demokratische Volkspartei erhält 13, die Mehrheitspartei 16, der Landeswahlverband und die Unabhängigen je 15 Sitze.

Belgien.

Das allgemeine Wahlrecht. Der Ministerrat nahm unter dem Vorlig des Königs die Wahlreformvorlage, durch die das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, an. Als Wahlrechtsalter wurde das 21. Lebensjahr festgelegt.

Italien.

Rücktritt der Minister. Nach der Turiner Stampa haben sämtliche Minister ihre Portefeuilles dem Ministerpräsidenten Orlando zur Verfügung gestellt.

England.

Forderung der Werftarbeiter. Die Arbeiter der Schiffsbauindustrie in England haben über den Vorschlag der Werftbesitzer abgestimmt, der dahin geht, eine Arbeitswoche von 47 Stunden einzuführen, während die Arbeiter selbst die 44-Stundenwoche beanspruchen. Der Vorschlag der Werftbesitzer wurde mit zwei Dritteln Mehrheit abgelehnt.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

17. Fortsetzung.

Die pralle Riese sprang bei seinem Eintritt sofort auf und ihm den beschneiten Hut vom Kopf nehmend, rief sie aus: "Nun schaut, der Jürgens bringt heute gleich seine ganze Weisheit mit und da sollt Ihr auch was von ab haben!" Und damit schwärmte sie über die ganze Gesellschaft lachend den Schnee von des Bauern Hut ab.

Die anderen Bauern lachten laut über den gelungenen Wit und einen kleinen:

"Es ist doch ein jährlich Mädel, die Riese. Wo sie mir alles her hat?"

Die Unterhaltung kam nun in richtigen Fluss. Namentlich wurden die neuenen Kommunisten im Dorfe meidlich durchgeholt. Unter anderem sollte namentlich das Vorommais auf einem benachbarten Hof eine lebhafte Ausprache herbei, weil hier die Bauern sehr dabei interessiert waren. Es war das ein Fall, wie er sich noch häufig auf dem Lande abspielt.

Bei einem Großbauern war vor kurzer Zeit eine neue Magd in Dienst getreten. Dieser betrachtete stets die Magde als seine Sklaven, mit denen er tun und lassen könne, wie es ihm beliebe. So hatte er es immer bisher gehalten und die armen Heimopas wagten auch niemals dagegen aufzutreten, denn sonst würden sie einfach vom Hause gejagt und erhielten in weitemweiter Umgebung keine sichere Stelle wieder.

Die neue Magd, ein derbes, kräftiges Mädchen, welches in der Stadt schon seit längerer Zeit einen Bräutigam hatte, mochte sich jedoch dem Anjüngten des Bauern nicht zügeln. Deshalb der sehr ungemeindigen Abrede verfügte dieser dennoch eines späten Abends, daß bei ihr mit Gewalt ein Schäferstundchen zu verkehren. Er kam damit aber schön an. Ghe er sich versah, befand er sich außerhalb ihrer Kammer und flog über Kopf die Treppe hinunter. Am nächsten Tage verlangte die Magd ihren rückständigen Lohn, um dann sofort den Hof zu verlassen.

Der Bauer jedoch, welcher ihr natürlich grimmige Nachgezwungen hatte, schlug ihr das rundweg ab und verlangte, daß sie lange auf dem Hof zu bleiben habe, bis sie den Dienst rechtmäßig gekündigt habe. Sollte sie aber dennoch versuchen, so ohne weiteres den Dienst zu verlassen, würde er sie durch den Gendarmeren sofort zurückholen lassen. Die Magd sah bald ein, daß sie hier machtlos war und so mußte sie denn ihre Zeit abwarten.

Den ganzen Vorsatz erzählte sie jedoch bald danach wahrheitsgemäß ihrem Bräutigam, welcher sofort die Sache bei dem Staatsgericht eingab und eine strenge Verurteilung des Bauern verlangte.

Wirtschaftliches.

Die Ursache für die Erhöhung der Fischpreise.

Die Preise für Fische dänischer Einfuhr haben, seit dem 1. Dezember d. J. eine Steigerung bis zu 65 Prozent erfahren. Da der in Dänemark gezahlte Preis gleich geblieben ist, so ist, wie das Reichsnährungsamt mitteilt, der Grund für diese neue Preissteigerung hauptsächlich in dem Sinken des Markwertes im Auslande zu suchen.

Stilllegung zahlreicher Betriebe auch in Badeu.

Die vorläufige badische Volksregierung hat die vorübergehende Stilllegung von Betrieben der Metall- und chemischen Industrien am 24. Dezember bis 8. Januar angeordnet, sofern in ihnen nicht mehr als 30 Arbeiter beschäftigt werden. Für die infolge der Stilllegung entstandenen Lohnausfälle erhalten die feiernden Arbeiter 65 Prozent Entschädigung ihres Lohnes.

Spiegelberg . . .

Der Textilhandel hat jetzt schwere Sorgen! Das Publikum bewahrt vernünftigerweise eine gewisse Zurückhaltung im Kaufen in der Erwartung, daß doch höchstlich ein Preisrückgang eintreten müsse. Wer gerade davon hören will, kann die Auswirkungen der Zulassung der Ausfuhr von Textilien. Sie fordern deshalb die Zusammensetzung der Ausfuhr von Textilien, denn die durch die Ausfuhr vermehrte Nachfrage würde, wenn auch nicht gerade die Preise in die Höhe treiben, doch zum mindesten ihr Sinken verhindern. Freilich ist man einer weiteren Preiserhöhung auch nicht abgeneigt. Deshalb fordert man die Beseitigung der Bestimmungen über Preisbeschränkungen im Web- und Wirkwarenhandel, über Bücher und Kettenhandel und gestützt ganz offen: „Der Einfuhr hätte für den Abnehmer nur dann Reiz, wenn er, von den genannten gesetzlichen Fesseln befreit, durch Weiterverkauf einen nennenswerten Gewinn erzielen könnte.“ In dem Bemühen, die Selbstlosigkeit gleichzeitig auch zu betonen, wird dann hinzugefügt, daß der Gewinn durch Sicherung dem Staate nutzbar gemacht werden kann. Auf diese Spiegelsteuer darf sich das Reichswirtschaftsamt im Interesse der Konsumenten nicht einlassen.

Aus der Partei.

Das lechte Papier. Wir lesen in der "Magdeburger Volksstimme": Mit Not und Mühe ist es uns gelungen, heute in viel Papier herauszuschaffen, daß wir sechs Seiten herausdringen können. Wir haben Hoffnung, eine Ladung, die auf der Elbe schwimmt, morgen greifen zu können. Vertragt die Hoffnung, zu deren Erfüllung keine Arbeit und keine Kosten gescheut werden, dann sind wir morgen nicht in der Lage, unsern Leuten einen Weihnachtstrug zu senden. Heute müssen wieder Infanterie wegfallen. Vier volle Seiten. — Der Papiermangel zwinge auch den "Lübecker Volksboten" zu Einschränkungen, die er im Interesse des Leser nur ungern macht:

Gentse Eduard Bernstein ist der alten Partei wieder beigetreten, ohne seine Beziehungen zur Unabhängigen Partei aufzugeben zu haben. Er hofft auf diese Weise, die Wiedervereinigung beider Parteien zu beschleunigen. — Ebenfalls hat der unabhängige Wahlverein Ipolda und derjenige von Dederan (Sächs. Kreis Freiburg) seinen Beitritt zu unserer Partei vollzogen. Das gleiche wird vom Wahlverein Wansee berichtet.

Aus dem Gerichtsaal.

Ein großer Kriegsmüllerprozeß wurde nach elstätigiger Verhandlung vor dem Dresdenner Landgericht beendet. Es handelte sich um Schiebungen in Höhe von anderthalb Millionen. Der Hauptangeklagte Lampe mußte wegen der militärischen Unnütze gänzlich freigelassen werden. Es drehte sich in der Haupthandlung um den Verlust von sogenanntem "Leipziger Alterlei", dem ganz ungern habare modige Pilze beigemischt waren. Die Geschäftsführer der amtlichen Einkaufsgesellschaft "Osthessen", Jendref und Zimmermann, ließen sich durch Schmiergelder bestechen. Die Strafen lauteten für die Angeklagten auf acht Monate bis zwei Jahre Gefängnis, ferner auf 3000 bis 10 000 Mark Geldstrafe und Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Eine Filmexplosion forderte in Berlin fünf Opfer. Die Schlosserfrau Klimmel erlitt mit ihren drei Kindern und ihrer Mutter bei einer Filmexplosion so schwere Brandwunden, daß alle nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht werden mußten. Nachdem die Großmutter, die Mutter und die beiden ältesten Kinder ihren schweren Wunden bereits erlegen sind, ist jetzt auch das jüngste Kind, die drei Jahre alte Tochter Gertrud, gestorben.

Einem großen Schlechthand mit Gold ist auch die Berliner Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Ihr war bekannt geworden, daß zwei Männer, die in einem Hotel am Schlesischen Bahnhof wohnten; 250 000 Mark in Goldstücke, die aus Westau stammten, zum Kauf angeboten hatten. Für ein Zwanzigstckstück verlangten sie 85 Mark in Scheinen. Als die Kaufwilligen zur Abwicklung des Geschäfts in dem Hotel erschienen, griff die Polizei ein und beschlagnahmte 65 000 Mark in Goldstücke, die die Veräußerer bei sich trugen. Bei einer Durchsuchung in der Wohnung fand man neben einer Goldschmelze eine Rolle Plättchengold und 15 000 Mark in Silbergeld.

Die eigene Schwester erschossen. Ein trauriger Unfall hat sich in Groß-Berken ereignet. Bei dem Bauerngutsbesitzer Wilhelm Rathenow waren der 15 Jahre alte Max Beerbaum und dessen Schwester Marie beschäftigt. Der Knabe hatte sich von durchziehenden Truppen einen Karabiner angeeignet und unternahm damit Schießversuche. Als seine Schwester ihn aufforderte, die Waffe fortzulegen, zielte der Junge im Scherz auf sie. Blößlich entlud sich die Waffe und das Geschöß traf das Mädchen so unglücklich in den Kopf, daß es sofort starb.

Wieder ein Raubmord auf der Landstraße. Auf den Landstraßen in der näheren und weiteren Umgebung Berlins nimmt in erstaunlicher Weise zu. So wurde wieder bei Lüggen in der Uckermark der Gutsbesitzer Fromme auf der Landstraße ermordet und beraubt. Fromme befand sich auf dem Wege von Lüggen nach dem etwa eine halbe Stunde entfernten Gutshof Göddel, als die Räuber über ihn herfielen, ihn ermordeten und ausraubten. Sie erbeuteten u. a. 8000 Mark in Kriegsanleihe. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein stürmisches Begräbnis. Bei dem Begräbnis des ermordeten Präsidenten von Portugal sind in der Rue Augusta Schüsse gewechselt worden, wobei vier Personen getötet wurden. Durch einen falschen Alarm entstand eine Panik, bei der 40 Personen verwundet wurden.

An die Mütter!

Hörkt auf, ihr Witwen und Mütter in Trauer! Werft ab Eure dunklen Schleier und erhellt Euer Antlitz dem Leben!

Es braust durch die deutschen Lände der Freiheitssturm. Laut schallt über alles der Ruf nach der deutschen Frau und Mutter. Abgeworfen ist der Zwang, der Eure Gatten und Söhne aus Euren liebenden Armen gerissen. Weggehetzt ist die Monarchie. Nun braucht die junge Republik die behütende Macht der Mütter und Frauen.

Ihr Mütter der Deutschen! Nie wieder wird eine kleine Menschenmenschen Millionen Unschuldiger auseinanderheben zum Vernichtungskampf. Ihr sollt die Frucht Eurer Arbeit selber genießen, Zeit gewinnen für Euer Heim und Euch selbst, Eure Kinder sollen lernen dürfen unbeschränkt, wenn Ihr jetzt Euch Kraft und Euch aufruft zur politischen Arbeit. Glend sind wir und in Not durch die Schuld der vorigen Machthaber. Nur die Arbeit kann uns daraus erlösen. Greift zu und helft der deutschen Republik, die Euch stimmberechtigt gemacht im Glauben an die menschliche Güte im Weibe.

Glückliches Geschlecht, das in Freiheit schaffen darf für ein besseres Leben seiner Kinder! Seid stark im Kampfe, meine Schwestern, die ihr groß gewesen im Osten, nehmt Teil am Werden des neuen Staates der Gerechtigkeit. Führacht, es ist eine Lust zu leben!

Ella Wierzbicka - Hamburg.

Aber, Jürgens, rief der Schmied aus, wo bleibt denn die Moral von unserem ganzen ehrlichen Leben, wenn Ihr wie die Tiere hausen wollt!"

"Ach bah," entgegnete wegwerfend der Bauer. "Geht mir bloß mit Eurer Moral vom Leibe. Auf der einen Seite predigt Ihr, daß der Mensch sein Tier abstammt. Machtet nun aber einer den Tieren nach, dann kommt Ihr wieder von der anderen Seite mit Eurer verdammten Moral. Bleibt mir bloß mit Eurem neumodischen Kram vom Leibe. Ich tu deswegen doch, was ich will!" Er bekräftigte seine Meinung mit einem kräftigen Faustschlag auf den Tisch.

"Na, hübsch! ist jedermann nicht und recht auch nicht. Das sag ich," entgegnete der Schmied. "Mögt mal sehen, was Eure Berta für Augen machen würde, wenn Ihr so was von der verlangtet."

"Was Ihr wohl wüßt," rief der Jürgens auf. "Kneuen würdet sie sich über die Ehe! Ich bin noch lang kein Windbeutel wie der Röder, der mirs Mädel bald verdorben hätt."

"Man immer ruhig, Jürgens," mahnte Böhner, der dem Bauern schon ansah, daß er anfangt, hitzig zu werden. "Röder war ein braver, tüchtiger Kerl. Und wenn er vom Militär freikommt, nehm ich ihn sofort wieder."

"Was!" riefte jetzt der Bauer wütend, "den Heger, der uns all unsere Leute verdickt, wollt Ihr wiedernehmen? Schamt Euch mal! Tu's lieber nicht, sag ich Euch. Da kommt nichts Eures dabei heraus. Aber das eine kann ich Euch sagen: Meine Berta kriegt er nimmer, dafür will ich schon sorgen, so lange sie mein Windbeutel ist und ich noch was zu sagen habe."

"Na ja," meinte Böhner. "Wir solls schon recht sein, ob es sie kriegt oder nicht. Aber wen ich nehm, darüber las ich mir keine Vorrichten machen und dabei bleibt's!"

Der Bauer hatte währenddessen verschiedene Krüge Bier vertrinkt, und sein Kedestrom stieg auf eine sehr bedenkliche Höhe. In solchem Zustande hüpfte sich ein jeder, ihn durch irgend etwas zu reizen. Selbst die Wirtstochter ließ sich jetzt von ihm um die Taille fassen, aber freilich auch nur deshalb, weil er ihr eine halbe Flasche Wein spendierte.

Heute schien es ihm aufs Geld überhaupt gar nicht einzukommen. Seine Augen hatten wieder den roten blitzenen Schein angenommen, als er die Riese einen Augenblick auf seinen Schuh niedergesäumt hatte. Seine Nasenlöcher sogen mit verzogenen der Begierde den warmen heraußquellenden Duft aus ihrem Wieder ein. Aber auch nur für einen Augenblick, denn mit einem energischen Ruck hielt sich die Riese von dem Bauern ab. Hammerung bereit und reckt ihn auf die Bank zurück.

"Seien auch los alter Sünder!"

Verdecktes Feuer

Verordnung

über die Verkaufsregelung bedarfshinpli- cker Schuhwaren für das Staatsgebiet Südbad.

Auf Grund der Bundesratsverordnungen über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 27. September und 4. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 807, 748) und vom 8. Juli 1918 (Reichsgesetzbl. S. 673) verordnet das Bundesversorgungsamt mit Zustimmung der Reichsstelle für Schuhversorgung folgendes:

§ 1. Die Verkaufsregelung umfasst sämtliche bedarfshinpli-cker Schuhwaren, d. h. neues Schuhwerk, dessen Sohle mindestens im Gelenk oder in der Vorderfläche ganz aus Leder besteht, auch wenn die Sohle mit Gummischöckern oder mit Halssohlen aus Elchhaut (z. B. Sols) bewehrt ist.

Ausgenommen hiervon ist Massenschuhwerk, sowie Berufsschu-
werk (mit Lederschaft und Lederohle hergestelltes Arbeitsschu-
werk), welches von der Reichsstelle für Schuhversorgung im Wege
der Sonderzuteilung auf Grund besonderer Vorschriften zuge-
stellt wird.

§ 2. Die Abgabe und Entrüfung des in § 1 genannten Schuhwerks
im Kleinhandel nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmun-
gen ist in der Reihenfolge zulässig, in welcher die Inhaber von
Schuhbedarfsscheinen in die Bestelliste der Schuhwarenhändler
eingetragen sind.

§ 3. Die Inhaber eines gültigen Schuhbedarfsscheines sind ohne
Bürofist auf ihren Wohnsitz berechtigt, bei einem Schuhwaren-
händler nach ihrer Wahl die Eintragung in die Bestelliste zu
fordern. Sie haben dabei einen Ausweis über ihre Person vor-
zulegen. Zum Ausweis dienen die auf Grund des Verlonenkund-
geges vom 6. Februar 1875 von den Standesbeamten ausgestellten
Personenkundsurkunden (Geburts-, Geschlechtsurkunden),
Militärpässe, Reisepausse, Heimatschein und polizeilicher Melde-
schein. Der Schuhwarenhändler hat zu prüfen, ob der Ausweis-
inhaber mit dem auf Grund des Schuhbedarfsscheines zum Bezug
berechtigten übereinstimmt.

Die Anmeldung zur Eintragung in die Bestelliste kann für
den Inhaber des Bedarfsscheines durch einen Familienangehörigen
oder geleglichen Vertreter vorgenommen werden. Anmeldung durch
anderen Vertreter ist nur zulässig, wenn eine schriftliche Vollmacht
ausgestellt wird, die von der Bezeichnungstelle des Bundesver-
sorgungsamtes abgestempelt ist.

Es bleibt vorbehalten, durch jeweilige Bekanntgabe nach an-
gewandten, daß nur die bis zu einem bestimmten Tage ausgefallenen
Schuhbedarfsscheine zur Eintragung in die Bestelliste für fertige
Schuhwaren zugelassen werden. Mit der Bestellung ist der Schuh-
bedarfsschein abzuliefern; gleichzeitig ist Art und Größe des ge-
wünschten Schuhwerks anzugeben.

Der Antrag auf Eintragung in die Bestelliste ist entweder
persönlich oder schriftlich durch eingeschriebenen Brief zu stellen.

§ 4. Die Schuhwarenhändler haben die eingehenden Bestellungen
der Reihenfolge ihres Einganges fortlaufend in eine Bestelliste
mit Liste oder Tintenstrahl einzutragen.

Für die Bestellisten sind Vordrucke mit folgendem Inhalt zu
verwenden:

1. laufende Nummer und
2. Tag des Einganges der Bestellung
3. Vorname, Zuname und Wohnung des Bestellers
4. Art und Größe des gewünschten Schuhwerks
5. Tag der Benachrichtigung
6. Tag der Auslieferung des Schuhwerks
7. Bemerkungen

§ 5. Die Schuhwarenhändler haben die bei der Bestellung abge-
gebenen Schuhbedarfsscheine mit der Angabe des Tages des Ein-
gangs und der fortlaufenden Nummer der Eintragung in die
Bestelliste zu versiehen, so in fortlaufender Reihenfolge zu ordnen
und sorgfältig aufzubewahren. Bei schriftlicher Bestellung haben
die Schuhwarenhändler dem Besteller den Eingang des Schuh-
bedarfsscheines unter Angabe der fortlaufenden Nummer und
des Tages der Eintragung in die Bestelliste zu bestätigen.

§ 6. Nach Eingang der Ware haben die Händler jonielle Ge-
hälter in der Reihenfolge der Eintragungen durch Postkarte zu
benachrichtigen, wie aus der Sendung unter Berücksichtigung der
verlangten Schuhart und Größe voraussichtlich verlost werden
sollen. Bei der Benachrichtigung ist der Besteller angleich daran
aufzuklären, daß das Schuhwerk spätestens binnen einer Frist
von fünf Tagen in Empfang zu nehmen ist, widrigenfalls die Be-
stellung als zurückgenommen gilt.

Gegen Abgabe der Benachrichtigungsliste und Vorlage des
Zertifikates kann das bestellte Schuhwerk bei dem in der
Benachrichtigungsliste genannten Schuhwarenhändler innerhalb
der angegebenen Frist Kauflich erworben werden.

§ 7. Der Besteller kann jederzeit die Löschung der Eintragung in
die Bestelliste verlangen. In diesem Falle ist ihm der Schuh-
bedarfsschein mit einem entsprechenden Vermerk über die Löschung
zugezugeben.

Lehnt der Besteller die Annahme von Schuhwerk ab, obwohl
dieses in der gewünschten Art und Größe angeboten wird,
so ist die Bestellung als zurückgenommen anzusehen, die Eintragung
in die Bestelliste zu streichen und der Schuhbedarfsschein mit einem
entsprechenden Vermerk über die Streichung zurückzugeben.

Das gleiche gilt für Besteller, die ihr Schuhwerk nicht innerhalb
der gefällten Frist abgeholt haben. Diese sind von dem
Schuhwarenhändler schriftlich von der erfolgten Streichung zu benach-
richtigen und zur Abholung ihres Schuhbedarfsscheines aufzu-
fordern.

§ 8. Über die erfolgte Benachrichtigung und Ausarbeitung des
Schuhwerks oder die Entnahmehinweise und Streichung der Bestellung
ist in der Bestelliste die entsprechende Eintragungen zu machen.

Die Vorlagen der Eingangsbestätigung (§ 5 Absatz 2) und
der Benachrichtigung (§ 6) sowie etwa weitere Ausweiszettel des
Schuhwarenhändlers liegt des Bestellers.

§ 9. Die abgeleiteten Schuhbedarfsscheine dürfen erst mit der
entschließenden Auslieferung des Schuhwerks an den Besteller ent-
zweit werden.

§ 10. Das Bundesversorgungsamt behält sich vor, unter Zusicherung
der Betriebern des Schuhhandels eine Auslieferstelle zu lokalisieren,
die nach Möglichkeit der Eintragungen in die Bestelliste für fertiges
Schuhwerk einerseits und der vorhergehenden Stellung andererseits
einen Auslieferungszeitraum der einzelnen Schuhwaren
möglichst herbeizuführen.

§ 11. Es gleicher Weise steht es vorbehalten, den Schuhwaren-
händler die Benutzung ihres Betriebes an bestimmte Zeiträume zu beschränken
und die allmähliche Anwendung der Eingänge solchen
Schuhwerks und des Beiziehens an nicht abholbaren Schuhwerk
auf einem beim Bundesversorgungsamt erhältlichen Vermerk
aufzuprägen.

§ 12. Die Schuhwarenhändler haben bei gerichtlichen Ermittlungen
möglich aufzutreten und auf Berührung des Kommissariatsberichts
zur Beurteilung zu stellen. Sie sind verpflichtet, den Be-
richten der Kommissariatsberichtung jederzeit Einsicht in die Ge-
richts- und Regierungsakte sowie in bestellte Waren, in bestellte
Schuhwaren zu verweisen, ferner Einsicht in die Bestelllisten
in die Sammlung der abgeleiteten Schuhbedarfsscheine sowie in
die Schuhversorgung (Rechnungen, Gründliche Akten) zu gewähren.

§ 13.

Die Personen, die nicht in der Bestelliste eingetragen sind, darf
der Verkauf bedarfshinpli-cker Schuhwerks nur erfolgen,
wenn außer dem gültigen Schuhbedarfsschein eine Höngeliste
Bestätigung des Landesversorgungsamtes vorgetragen wird.

§ 14.

Zwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Ge-
fängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark
bedroht, soweit nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere
Strafe verhängt ist.

§ 15.

Diese Verordnung tritt nach erfolgter Bekanntmachung am 1. Januar 1919 in Kraft.

Berlin, den 15. Dezember 1918.

7807

Das Landesversorgungsamt.

Heftungsamt

für die wirtschaftliche Demobilisierung.

(Reichsdemobilisierungssamt.)

Verordnung

(Nr. Bst. a. 285/12. 18. R. R. A.).

betreibend Verbranch der für Kriegszwecke angewie-
senen Sparschaftsmengen zu Kriegszwecken.

(Erweiterung der Verordnung vom 18. November 1918.)

Die Metallbestände der Metallverarbeitenden Industrien und
des Metallhandels röhren nachweislich zum größten Teil aus
Ausweisungen für Kriegszwecke her, die den Firmen aus Besitzern
der Kriegsmetall Aktiengesellschaft für Zink aus der Rinkhütten-
vereinigung und des Verbandes deutscher Zinkfabriken G. m. b. H.
für Blei auch der deutschen Hüttengesellschaften gehören mögen sind.
Diese Ausweisungen sind für Kriegszwecke zu Vergleichspreisen
erfolgt die unter den Selbstkosten liegen.

Durch die Belastung der für Kriegszwecke zu Vorratsspreisen
zugeführten Bestände würde den verarbeitenden Betrieben und
dem Handel bei Verwertung der nunmehr freigestellten bzw. noch
freiwergenden Metalle ein ihnen nicht zustehender Vorteil aus
Reichsmitteln entstehen, und zwar auf Kosten der für die Be-
sicherung der Metalle durch Enteignung und Bergfleisch in An-
spruch genommenen Allgemeinheit. Es wird daher hiermit, ins-
besondere in Rücksicht auf den gleichfalls erfolgten Vortfall der
Metallhöchstädtreie auf Grund der Ermächtigung der Volksbeauf-
tragten vom 12. November 1918 angeordnet:

Für alle am 18. November vorhandenen Bestände an noch
nicht verarbeiteten Metallen laut nachstehender Auflistung, die
auf Summe für Kriegszwecke aus den Beständen der Kriegs-
metall Aktiengesellschaft bzw. bei der Rinkhüttenvereinigung oder
bei dem Verband deutscher Zinkfabriken G. m. b. H. sowie für
Blei auch bei den Hüttengesellschaften zur Lieferung gelangt sind,
werden die Eigentümer dieser Bestände den sich aus nachstehender
Tabelle ergebenden Unterschied zwischen Vorratsspreis und
Grundpreis (leichter entspricht dem verdeckten Zu-Sicherungs-
Vorratsspreis der Metalle) an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft,
Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10/11, zugunsten des Reichskriegs-
ministeriums abzuführen, soweit die Metalle nicht nachweislich zu dem bei der
Ausweisung aufgebrochenen Zweck inzwischen verwendet und ab-
geliefert worden sind bzw. noch verwendbar und abgeliefert werden:

Kupfer	Zink	Nickel	Zink	Alluminium	Blei
Vorratsspreis	Zink	Nickel	Zink	Alluminium	Blei
für 100 kg	700,-	1200,-	80,-	480,-	62,-
Grundpreis	450,-	1000,-	1500,-	180,-	580,-
für 100 kg	100,-	300,-	800,-	50,-	100,-
Demokaufpreis	100,-	300,-	800,-	50,-	14,-
für 100 kg	100,-	300,-	800,-	50,-	100,-

Vorstehende Anordnung ist auf Legierungen und Verbindungen
wie auf alle von den neuferierten Sorten der vorstehend genannten
Metalle, z. B. Kupfer, Zinkblech, Zinktin, usw. sinngemäß
in Anwendung zu bringen.

Diesenigen Firmen die nicht gewillt sind, die von dieser Ver-
ordnung betroffenen Rohstoffe, Legierungen und Verbindungen
um Grundpreis zu verwenden, haben Rechts Nutzenung der
Metalle um ihr rechtligen Zweck zu erreichen an die Kriegs-
metall Aktiengesellschaft zu leieen eingezeichneten Briefes bis
am 23. Dezember 1918 Meldung an die Metall-Meldestelle
der Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Abteilung B) Berlin W. 9,
Potsdamer Straße 10/11, zu richten.

Zwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden auf Grund der Verordnung über den Gesetz von Straf-
bestimmungen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobi-
lisierung vom 27. November 1918 (Reichs-Gelegdl. Nr. 164
S. 1539) mit Gefangenstrafe bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe
bis zu 100000 Pf. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Gegen-
stände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, können ent-
zogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Edter gehörten oder
nicht. Auch können diese Gegenstände von den Demobilisierungs-
beamten für versteuern erklärt werden; gleichzeitig ob sie dem
Edter gehörten oder nicht.

Meldungen, die diese Verordnung betreffen, sind an die Metall-
Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Abteilung B) Berlin W. 9,
Potsdamer Straße 10/11, zu richten.

Berlin, den 5. Dezember 1918.

7802

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung.

(Reichsdemobilisierungssamt.)

2007

Reichsamt

für die wirtschaftliche Demobilisierung.

(Reichsdemobilisierungssamt.)

Bekanntmachung des Demobilisierungssamts

(Nr. III. 44/12. 18. R. R. A.).

Nach der Bekanntmachung des Reichsdemobilisierungssamts
vom 18. November 1918 bleiben alle von den deutschen Kriegs-
ministeriums stellvertretenden Generalquartieren, Gouvernements
und Kommandanturen erlassene Bekanntmachungen über die
Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beischlagnahmen,
Höchstpreise usw.) im Interesse der wirtschaftlichen Demobi-
lisierung standig in Kraft.

Hierunter fallen auch alle von den oben bezeichneten Stellen
erlassene kriegswirtschaftliche Einzelanordnungen, z. B. Ver-
hältnisse der Beischlagnahmen bei bestimmten Firmen und
Unternehmen die nicht durch Bekanntmachungen über Einzelverfügungen
des Reichsdemobilisierungssamts oder der von diesen beauftragten
Stellen oder der Stellen, welche die kriegswirtschaftlichen Einzel-
anordnungen erlassen haben, inzwischen erster Kraft gesetzt worden
sind, oder nach erster Kraft gesetzt werden.

Berlin, den 9. Dezember 1918.

7803

Bekanntmachung des Reichsdemobilisierungssamts.

(Reichsdemobilisierungssamt.)

Aspeck

(7800)

Die Verarbeitung von Gütern, der Verlust von Gemeinde-
und Tierschäden und deren Entfernung und Beisetzung ist bis zum National-
sozialismus nur mit Genehmigung des Arbeiters- und Soldaten-
rates und des Landesvorstandes gestattet.

Berlin, den 21. Dezember 1918.

7803

Reichsamt: **Landesamt:** **Der Soldatenrat:**

Aspeck

Wolffhügel

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Bekanntmachung

(Mr. F. R. 800/11. 18. R. R. A.).

Im Auftrage des Reichsams für die wirtschaftliche Demobi-

lisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

1. Die Bekanntmachung Mr. W. M. 812/10. 16. R. R. A., be-
treffend Bestandshebung von Natron-(Sulfat)-Zell-
stoff, ganz oder teilweise aus Natron-(Sulfat)-Zell-
stoff hergestelltem Pap